

Notizen von der Querfront

(Juli ´ 26)

Die plumpen Anbiederungsversuche gegenüber den Rechtspopulisten beweisen einmal mehr, wie die gekränkte Eitelkeit eines hochgradig narzisstisch gestörten Menschen in blanke Zerstörungswut umschlagen kann. Im Klartext: Wagenknecht klopft bei Weidel an. Doch die Co-Chefin der AfD weist das Anbaggern cool zurück. Ins Parlament müssten sie es schon allein schaffen. Danach sähe man weiter.

Nach einer Wahlumfrage in Sachsen-Anhalt von Dimap vom 3. Juli käme die AfD auf 41 und das BSW auf 5 Prozent. Das würde genügen für eine gemeinsame parlamentarische Mehrheit, aber auch für die AfD allein, wenn sich die Wagenknecht-Fraktion mit ihren fünf Mandaten bei einer Ministerpräsidentenwahl von Ulrich Siegmund der Stimme enthielte.

Was schwebte der BSW-Gründerin mit ihrer Aufdringlichkeit vor? Möchte sie, um auf Nummer sicher zu gehen, durch den Verzicht der AfD auf drei sichere Wahlkreise im sog. „Huckepack“-Verfahren à la Deutsche Partei (DP) in den 1950er Jahren ins Parlament gehievt werden? Adenauer hatte damals die in Niedersachsen ansässige rechtskonservative Partei im Bundestag als Mehrheitsbeschafferin nötig.

Druck auf Thüringen

Derweil gilt im VAR-Speicher an der Saarschleife der Applaus von der falschen Seite als Beweis dafür, die ideologisch kalibrierte Linie überschritten zu haben und im politischen Abseits gelandet zu sein. Davon betroffen sind derzeit die malochenden Regierungsmitglieder des BSW im tief verschuldeten Thüringen, denen die

F.A.Z. jüngst eine gute Arbeit in der Koalition bescheinigte. Nachdem die pragmatische Finanzministerin Katja Wolff schon für die Niederlage bei der Bundestagswahl verantwortlich gemacht wurde, muss ihr stigmatisiertes Erfurter Team jetzt auch noch Prügel für die Niederlagen bei den Landtagswahlen in Stuttgart und Mainz einstecken. Eine absurde Vorstellung, der KfZ-Schlosser bei Mercedes oder ein Pfälzer Winzer seien dem Charisma der Wagenknecht nur deshalb nicht verfallen, weil Frau Wolff in Erfurt nicht genügend Elan im Bundesrat gegen die Unterstützung der faschistischen Ukraine an den Tag gelegt hat.

Wagenknechts fatale Maßgabe an die Wahlkämpfer in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, sich – aus demokratischen Gründen! - an „blockparteien“-ähnlichen Kooperationen oder gar Koalitionen zur Verhinderung der AfD nicht zu beteiligen, dürfte wohl weiterhin in Thüringen auf taube Ohren stoßen. Selbst wenn Regierungschef Mario Voigt doch noch über seine Plagiatsaffäre stolpern sollte, wäre die Wahl Höckes zum Ministerpräsidenten per Stimmenthaltung des BSW eher unwahrscheinlich.

„Merz muss weg!“

Die Querfrontbildung vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin findet bereits im Rahmen einer Sommeroffensive gegen die Person des Kanzlers statt. So lässt das BSW in Dresden seine Anhängerschaft unter der Parole aufmarschieren: „Unsere WM 2026: Weg mit Merz!“ Vor zweihundert Teilnehmern wurden dort die Sanktionen gegen den Kriegsterror Russlands für die heimische Insolvenzwelle und den Verlust an bezahlbarer Energie verantwortlich gemacht. Unser Land würde unter Merz in einen Krieg getrieben.

Währenddessen ist die AfD mit dem geschmacklosen Hass-Kabarettisten Uwe Steimle gegen Merz unterwegs: „Wo ist eigentlich Stauffenberg, wenn man ihn mal wirklich braucht?“ Will sagen:

Gegen den „Führer“ hätte man ihn nicht wirklich gebraucht, gegen den jetzigen Kanzler schon eher. Wegen solch hohler Gewalt verherrlichender Sprüche ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den in die Jahre gekommenen Honecker-Imitator. In AfD-Kreisen ist es üblich, den Kanzler wahlweise mit Hitler oder Ulbricht zu vergleichen.

Die Querfront-Parteien eint vor allem ihre Zerschlagungswut gegenüber den Öffentlich-rechtlichen Medien, denen sie reihum totalitäre Tendenzen wie zu Zeiten der halbwegs betrauten DDR unterstellen. AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund möchte im Falle seines Wahlsieges als Erstes die Rundfunkstaatsverträge kündigen, um endlich „dieser woken, antideutschen und manipulativen Beeinflussung den Stecker (zu) ziehen“ (F.A.Z., 22.07.). Im Magdeburger Landtag dürfte sich das BSW, sollten es dort einziehen, solch sinistren Bestrebungen anschließen. Denn seit ihrer narzisstisch gekränkten Führerin mit dem Wahlverlust 2025 die Talkshow-Auftritte weitgehend abhanden gekommen sind, hagelt es an hysterischen Klagen und apokalyptischen Gesängen über den angeblich lebensgefährlich bedrohten Zustand unserer Meinungsfreiheit.

Abrechnung mit Putins Russland

Nach dreijähriger Tätigkeit als Botschafter in Moskau wechselt Alexander Graf Lambsdorff nach Israel. Sein ernüchterndes Fazit in einem SPIEGEL-Interview sollte all den Putin-Verstehern zu denken geben, die eine ausbleibende Friedensdiplomatie dem als kriegslüstern beschimpften Westen zuschreiben. Der Kreml zeige überhaupt kein ernsthaftes Interesse an einem Frieden mit der Ukraine. Zudem nähere sich das Land immer mehr der stalinistischen Vergangenheit in der alten Sowjetunion an. Die Bevölkerung werde durch Internetblockaden weitgehend vom Westen abgeschottet. Lambsdorff schildert, wie er vom Kreml bei seiner

Arbeit behindert und überwacht worden sei. Fünf Mal wurde er während seiner Zeit in Moskau einbestellt und mit Protestnoten belehrt. Beim letzten Mal verweigerte Putins Sprecherin Marija Sacharowa dem scheidenden Botschafter sogar den Handschlag. Lambsdorff vermutet, dass nach den Duma-Scheinwahlen im September mit einer zweiten Mobilmachung wehrfähiger Männer und damit einer weiteren kriegerischen Eskalation seitens Putin zu rechnen sei.

Was wunder, dass sich die unverdrossenen Freunde des russischen Machthabers im Osten der Republik gegen die unliebsame Botschaft des Ex-Botschafters ins Zeug legen. So zum Beispiel die in den Nullerjahren noch angesehene *Berliner Zeitung*, die mit der Übernahme durch den Ost-Mäzen Holger Friedrich in eine Kreml-nahe Postille verwandelt wurde. Dort wird ausgerechnet dem genscheristisch geschulten Freidemokraten Alexander Graf Lambsdorff die Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen zur Last gelegt. Denn die Veröffentlichung des erschütternden Fazits seiner zurückliegenden Tätigkeit kommt in den Augen der Putin-Versteher bereits dem Verrat an einer Friedensdiplomatie gleich. Getreu der altkommunistischen Devise: Wer Totalitäres zur Sprache bringt, ist ein Kalter Krieger.

